

## “Eine gemeinsame Kultur des Rechts und Wirtschaftens - kein christliches Europa”

Helmut Schmidt eröffnet die Reihe "Humboldt-Reden zu Europa" an der HU

Zur feierlichen Eröffnung der "Humboldt-Reden zu Europa" am 8. November 2000 kamen über 1000 Menschen in das Auditorium Maximum der Humboldt-Universität zu Berlin, um Helmut Schmidt, den ehemaligen Bundeskanzler und jetzigen Vorsitzenden der Deutschen Nationalstiftung, über die "Selbstbehauptung Europas im neuen Jahrhundert" sprechen zu hören.

Schmidt schlug einen Bogen von Jean Monnet und Robert Schuman bis zur heutigen Welt der Globalisierung. Dabei identifizierte er sechs Herausforderungen an die Selbstbehauptung Europas. Hierzu zählte er die Bevölkerungsentwicklung, die Klimaerwärmung und die daraus resultierenden regionalen und lokalen Konflikte. Darüberhinaus prognostizierte er, dass neue Weltmächte, wie China, Indien und Brasilien, auf der internationalen Bühne stärker zu Wort kommen und die technische Globalisierung sowie die Globalisierung der Finanzmärkte weiter voranschreiten werden.

Eine schrittweise, überlegte Erweiterung der EU sei notwendig, um die äußere Handlungsfähigkeit Europas sicherzustellen. Die gemeinsame Währungs- und Finanzpolitik müsse sich nach außen in einer gemeinsamen Finanzaußenpolitik manifestieren. Gleichzeitig unterstrich Helmut Schmidt die Bedeutung der institutionellen Reform, die nach seiner Ansicht noch vor der Erweiterung geschehen müsse, da später keine substantiellen Reformen mehr erreichbar seien.

Die Frage einer Europäischen Verfassung sah der Ex-Bundeskanzler nicht auf der Tagesordnung. Es gebe wichtige Dinge zu regeln; diese bedürften aber keiner Verfassung. Vielmehr würde eine Verfassung zu einer Diskussion führen, die er beim momentanen Stand der europäischen Einigung für verfrüht und daher für gefährlich hielt. Die Grundrechte-Charta, die eigentlich Nukleus einer Verfassung sein müsse, stelle eine intellektuelle Spielerei dar. Sie werde als bloße Erklärung verabschiedet, die keinen Mehrwert erzeuge. Vielmehr reichten die deutschen Grundrechte und die vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte geschützten Rechte der EMRK völlig aus.

Schmidt sprach sich für den Nationalstaat als wichtigsten Ankergrund für Europa aus und stimmte in dieser Hinsicht der Vorstellung Außenminister Fischers<sup>1</sup> uneingeschränkt zu. Ähnlich wie Fischer und Chirac hielt er ein Kerneuropa für

---

<sup>1</sup> Vgl. J. Fischer, Vom Staatenverbund zur Föderation, FCE Spezial 2/2000, in *Walter Hallstein-Institut* (Hg.), *Verfassungsrechtliche Reformen zur Erweiterung der Europäischen Union*, Baden-Baden 2000, S. 177 f.

unausweichlich, das offen sein müsse. Auf der Basis der Deutsch-Französischen Zusammenarbeit könne ein solche Gruppe zunächst aus den sechs Gründungsmitgliedern bestehen.

Der Altbundeskanzler verwehrt der Türkei erneut die Anerkennung als Beitrittskandidat<sup>2</sup>. Die Aufnahme Weißrusslands und der Ukraine sei eine Aufgabe des 22. Jahrhunderts. Er betonte, dass es kein "christliches Europa" gebe, sondern vielmehr eine gemeinsame europäische Kultur des Rechts und des Wirtschaftens, die durch Aufklärung und die Revolutionen in Europa geprägt sei.

Helmut Schmidt schloss seine Ausführungen mit einem Aufruf an Professoren, Schriftsteller, Politiker und Kirchenvertreter, die Anerkennung und Respektierung anderer Kulturen zu verbreiten und eine Freundschaft der Kulturen zu fördern.

Die anschließende Diskussion wurde mit einigen Bemerkungen des Moderators Horst Teltschik eingeleitet. Er stimmte Schmidt im wesentlichen zu, betonte aber, dass eine Finalität wichtig sei, da eine zieloffene Integration zu Unverständnis beim Bürger führe. Die mit der Europäischen Einigung verbundenen Einschnitte in die nationale Souveränität könnten nur vermittelt werden, wenn klar sei, wofür dies geschehe. Die Erweiterung sei Chance und Notwendigkeit zugleich. Die Europäische Union müsse mehr sein als ein technisch auf die Erweiterung gerichtetes Konstrukt.

Angesprochen auf die Situation des Vereinigten Königreich verwies Schmidt darauf, dass die Briten selbst noch zu einer Entscheidung zu Europa finden müssten und diese bis jetzt noch ausstehe. Er verwies mit Blick auf ein "Europa der Regionen" auf die Mitgliedstaaten, in deren Kompetenz es liege, die Regionen einzubinden. Dies sei nicht Aufgabe der Europäischen Union. Schmidt wurde gefragt, ob man von Europa nicht mehr als bloße Förderung der Wirtschaft erwarten könne. Als Ökonom betonte Schmidt die Bedeutung der Wirtschaft als Fundament jeder Gesellschaft. Für eine "Zauberformel" der umfassenden europäischen Integration brauche man ein Genie, das man nicht herbeireden könne. Daher müsse man auf bestehenden Fundamenten aufbauen und Europa schrittweise weiterentwickeln. Schließlich forderte Helmut Schmidt, dass Europa seine Position in den Vereinten Nationen stärken müsse und die Weltorganisation nicht den Vereinigten Staaten überlassen solle.

Im Anschluss fand ein Stehempfang im Foyer des Auditorium Maximum statt, bei dem die Zuhörer aus allen Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens bei einem Glas Wein den Diskurs über Europa weiterführen konnten.

Edgar Lenski

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Walter Hallstein-Institut für Europäisches Verfassungsrecht

Die "Humboldt-Reden zu Europa" werden von der Deutschen Nationalstiftung und der Humboldt-Universität zu Berlin, Walter Hallstein-Institut für Europäisches Verfassungsrecht, in Zusammenarbeit mit dem Veranstaltungsforum der Verlagsgruppe Georg von Holtzbrinck organisiert.

---

<sup>2</sup> H. Schmidt, Wer nicht zu Europa gehört, DIE ZEIT 41/2000, 5. Oktober 2000, S. 1.